

Fragen

für die Fragestunde der 65. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 9. November 2022

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 31	Meiser, Pascal (DIE LINKE.)	18
Brandner, Stephan (AfD)	2, 3	Oppelt, Moritz (CDU/CSU)	9, 10
Breilmann, Michael (CDU/CSU)	11, 12	Oster, Josef (CDU/CSU)	8
Bünger, Clara (DIE LINKE.)	26, 27	Pellmann, Sören (DIE LINKE.)	45
Cotar, Joana (AfD)	13, 28	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	1, 25
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	24, 49	Pilsinger, Stephan (CDU/CSU)	41, 56
Görke, Christian (DIE LINKE.)	50, 54	Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU)	32, 33
Gramling, Fabian (CDU/CSU)	46, 47	Renner, Martina (DIE LINKE.)	14, 51
Gürpınar, Ates (DIE LINKE.)	44	Rohwer, Lars (CDU/CSU)	38, 48
Heck, Stefan, Dr. (CDU/CSU)	16, 17	Schattner, Bernd (AfD)	36, 37
Höchst, Nicole (AfD)	15, 34	Schmidt, Eugen (AfD)	23, 35
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	29, 55	Sorge, Tino (CDU/CSU)	42, 43
Kaufmann, Michael, Dr. (AfD)	6, 7	Spahn, Jens (CDU/CSU)	52, 53
Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	21, 22	Throm, Alexander (CDU/CSU)	4, 5
Mayer, Stephan (Altötting) (CDU/CSU)	19, 20	Vogler, Kathrin (DIE LINKE.)	39, 40

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ..	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes.....	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.....	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung.....	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ...	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.....	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.....	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen.....	16
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes.....	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz.....	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	17

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des
Innern und für Heimat**

1. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)

In welcher konkreten Form wurden die Betreiber kritischer Infrastruktur seit Beginn des Jahres 2022 für Attacken auf ihre Anlagen sensibilisiert, und wurden dabei auch ganz konkrete Schutzmaßnahmen vorgeschlagen, welche voraussichtlich Niederschlag im geplanten Gesetz für kritische Infrastruktur finden werden (vgl. Zeit Online vom 18. Oktober 2022 – www.zeit.de/politik/deutschland/2022-10/bundesinnenministerium-nancy-faeser-kritische-infrastruktur-schuetzen-koordinierungsstelle, zuletzt abgerufen am 19. Oktober 2022)?
2. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Wie bewertet die Bundesregierung die praktische Umsetzbarkeit und die Notwendigkeit eines effektiven Grenzschutzes (Antwort bitte begründen)?
3. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Welche konkreten Maßnahmen werden durch die Abteilung Heimat des Bundesministeriums des Innern und für Heimat durchgeführt, und plant die Bundesregierung eine veränderte Schwerpunktsetzung im Vergleich zur Vorgängerregierung (vgl. Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler Deutschland e. V., S. 41)?
4. Abgeordneter
Alexander Throm
(CDU/CSU)

Wie viele Verdachtsmeldungen auf § 129b des Strafgesetzbuchs (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland; Einziehung) haben sich im vergangenen Jahr 2021 und im laufenden Jahr 2022 bei Asylbefragungen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ergeben und wurden an Sicherheitsbehörden und/oder Staatsanwaltschaften weitergeleitet?
5. Abgeordneter
Alexander Throm
(CDU/CSU)

Wie viele Personen würden durch die im Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts vorgesehenen verkürzten Verduldungszeiten bei § 25a des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG-E) und § 25b AufenthG-E jeweils zusätzlich eine Aufenthaltserlaubnis erhalten (aktuelle Anzahl der Personen und jährlich zu erwartende Anzahl)?

6. Abgeordneter
Dr. Michael Kaufmann
(AfD)
- Wie vereinbart die Bundesministerin des Innern und für Heimat, Nancy Faeser, ihre jüngst getätigte Aussage, die Staaten der EU seien „in der Verantwortung, illegale Einreisen zu stoppen“ (www.bz-berlin.de/meinung/kolumne/kolumne-mein-aerger/diese-asyl-politik-kann-man-nicht-mehr-verstehen), mit der Tatsache, dass mit dem geplanten Chancen-Aufenthaltsrecht illegal in der Bundesrepublik Deutschland befindlichen Migranten die Möglichkeit eröffnet wird, ihren Aufenthaltsstatus zu legalisieren, womit nach meiner Auffassung ganz deutlich zusätzliche Anreize für illegale Migration nach Deutschland geschaffen werden?
7. Abgeordneter
Dr. Michael Kaufmann
(AfD)
- Wie soll die im Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts formulierte Bedingung „die geltenden Bleiberechtsregelungen sollen moderat weiterentwickelt werden. Dabei soll die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft im Blick behalten werden“ sinnvoll umgesetzt werden, wenn die Bundesregierung laut Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter vom 19. Oktober 2022 auf meine Mündliche Frage 6, Plenarprotokoll 20/62 auf S. 6957 keine Analysen oder Studien zur ökonomischen und sozialen Aufnahmefähigkeit Deutschlands in Auftrag gegeben habe und somit meiner Auffassung nach auch keinerlei konkrete Erkenntnisse über die damit zusammenhängende Integrationsfähigkeit der Gesellschaft möglich sind?
8. Abgeordneter
Josef Oster
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zwischenzeitlich zu den Hintergründen der mutmaßlichen Sabotageakte auf die Deutsche Bahn AG am 8. Oktober 2022 erlangt?
9. Abgeordneter
Moritz Oppelt
(CDU/CSU)
- Inwiefern wurde die Protelion GmbH in der Vergangenheit mit Bundesmitteln gefördert, obwohl es entsprechende Hinweise des Verfassungsschutzes gegeben haben soll, wonach die Protelion GmbH Verbindungen zu russischen Nachrichtendiensten hatte (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/cybersicherheit-fdp-und-union-fordern-ufklaerung-ueber-foerdermittel-fuer-dubiose-it-firma/28747722.html)?

10. Abgeordneter
Moritz Oppelt
(CDU/CSU)
- Wäre es aufgrund der vorliegenden Erkenntnislage (Verbindungen zu russischen Nachrichtendiensten) nicht angezeigt gewesen, dass das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) anweist, eine dezidierte Überprüfung der Produkte der Firma Protelion GmbH/ Infotecs durchzuführen, um Erkenntnisse zu möglichen Sicherheitslücken, Schadprogrammen oder einem unerlaubten Zugriff auf Daten zu gewinnen?
11. Abgeordneter
Michael Breilmann
(CDU/CSU)
- Inwiefern beabsichtigt die Bundesregierung, dem Bundesamt für Verfassungsschutz erweiterte Befugnisse und mehr Ressourcen (Personal/Ausstattung/Befugnisse) für eine bessere Aufklärung von Finanzströmen von legalistischen extremistischen Vereinigungen einzuräumen bzw. zu ermöglichen?
12. Abgeordneter
Michael Breilmann
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung, auf Basis des Beschlusses der Innenministerkonferenz (IMK) vom 3. Juni 2022, anlässlich der entsprechenden Berichtsbitte auf der anstehenden IMK-Herbstsitzung am 30. November 2022, eine Bund-Länder-Initiative unter Beteiligung der vom Deliktphänomen „Sprengungen von Geldausgabeautomaten“ besonders betroffenen Ländern, wie zum Beispiel Nordrhein-Westfalen (<https://polizei.nrw/artikel/geldautomaten-sprengungen-werden-gefaehrlicher>), wo sich die Zahl der Sprengangriffe mehr als verdreifacht hat (www.bild.de/regional/ruhrgebiet/ruhrgebiet-aktuell/nrw-innenminister-herbert-reul-sagt-automatensprengern-den-kampf-an-79973402.bild.html), unterstützen, um die Bekämpfung des Deliktphänomens zu intensivieren?
13. Abgeordnete
Joana Cotar
(AfD)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis über eine mögliche Tätigkeit sogenannter chinesischer Polizeistationen auf deutschem Staatsgebiet (vgl. Lars Wienand: „Keinerlei Befugnisse“, China betreibt insgeheim Polizeistation in Deutschland, www.t-online.de, Nachrichten für Deutschland, vom 15. Oktober 2022; vgl. China soll illegale Polizeistationen in den Niederlanden unterhalten, www.spiegel.de vom 26. Oktober 2022), und wenn ja, welche?

14. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Waren nach Kenntnis der Bundesregierung an dem Angriff auf Teilnehmer einer Mahnwache vor der Botschaft der Islamischen Republik Iran in Berlin (www.rnd.de/panorama/iranische-botschaft-in-berlin-unbekannte-greifen-mahnwache-an-und-fluechten-BAAPIDDD3OMDU74QSUT75EDMC4.html) Angehörige bzw. Mitarbeiter der diplomatischen Vertretung selbst beteiligt oder sind der Bundesregierung Verlautbarungen von Vertretern der Islamischen Republik Iran bekannt, welche ihrerseits zu Reaktionen auf diese Mahnwache oder andere Formen demokratischer Willensbekundung in Deutschland aufriefen?
15. Abgeordnete
Nicole Höchst
(AfD)
- Inwieweit hat die Bundesregierung die Bundespolizei in den letzten sechs Monaten durch die monatlichen Migrationsanalyse-Berichte versorgt, und welche Zahlen zu „illegalen Migranten“ sind in diesen Berichten jeweils enthalten (vgl. Migrations-Berichte fehlen: Kritik von Polizei an Bundesinnenministerium, in: MDR AKTUELL vom 1. November 2022, 15:59 Uhr, www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/fehlende-migrationsberichte-bundespolizei-100.html)?
16. Abgeordneter
Dr. Stefan Heck
(CDU/CSU)
- Weshalb lässt die Bundesministerin des Innern und für Heimat, Nancy Faeser, lediglich die Zahlen von illegal Eingereisten „im grenznahen Bereich“ erfassen, mit dem Resultat, dass die diesjährigen Flüchtlingszahlen der Bundespolizei fast doppelt so hoch sind wie die des BMI (www.bild.de/politik/kolumnen/kolumne/kommentar-zu-faesers-fluechtlings-zahlen-alle-zahlen-auf-den-tisch-81817036.bild.html; www.bild.de/bild-plus/politik/inland/politik-inland/statistik-weist-zu-wenig-aus-schummelt-sich-faer-die-fluechtlinge-zahlen-schoen-81816084.bild.html)?
17. Abgeordneter
Dr. Stefan Heck
(CDU/CSU)
- Was schlussfolgert die Bundesregierung aus den Erklärungen der Berliner Senatsverwaltung, wonach im Falle länger andauernder Stromausfälle Gefängnisinsassen wieder auf freien Fuß gesetzt werden müssten für ihr eigenes Handeln, und wie gut sind Teile der kritischen Infrastruktur wie Gesundheitsversorgung, Lebensmittelversorgung, Kommunikation und Mobilität in Deutschland im Falle längerer Stromausfälle gewappnet?

18. Abgeordneter
Pascal Meiser
(DIE LINKE.)
- Wie viele Aufenthaltstitel für türkische Staatsangehörige mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt in der Türkei wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seit Erklärung der Globalzustimmung zur vorübergehenden Beschäftigung an einem Flughafen in Deutschland durch die Bundesagentur für Arbeit unter Bezugnahme auf diese Globalzustimmung seitens der titelerteilenden Stellen zum Stichtag 31. Oktober 2022 erteilt (bitte dazu auch die Zahl der im gleichen Zeitraum abgelehnten und offenen Anträge auf Erteilung eines Aufenthaltstitels ausweisen, die sich auf die benannte Globalzustimmung beziehen)?
19. Abgeordneter
Stephan Mayer
(Altötting)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung von der Bundesinnenministerin Nancy Faeser, die, von der Sendung des WDR „Monitor“ konkret auf die Entscheidung angesprochen, Katar die Fußball-Weltmeisterschaft ausrichten zu lassen, sagte: „Es gibt Kriterien, an die sich gehalten werden muss und dann wäre es besser, dass das nicht in solche Staaten vergeben wird“ (www1.wdr.de/daserste/monitor/extras/pressemeldung-wm-katar-100.html)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

20. Abgeordneter
Stephan Mayer
(Altötting)
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Aussage des Generalkonsuls der Bundesrepublik Deutschland, Johannes Regenbrecht, die er im Rahmen eines von ihm gegebenen Abendessen, am Mittwoch, den 5. Oktober 2022, in Istanbul getätigt hat, dass die Visabearbeitung im deutschen Generalkonsulat in Istanbul dysfunktional sei, in zwei bis drei Jahren zusammenbrechen würde und von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern lediglich ein Mangelbetrieb geleistet werden könne, und welche Maßnahmen insbesondere hinsichtlich der räumlichen und personellen Kapazitäten plant die Bundesregierung, um möglichst zeitnah Abhilfe für diese nach meiner Auffassung offenkundig eklatanten Defizite zu schaffen?
21. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Wer trägt nach Kenntnis der Bundesregierung die Kosten für die Rückholaktion von IS-Anhängern und deren Kindern aus Nordostsyrien, und wie hoch sind diese im Einzelnen (www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/baerbock-rueckholung-nordostsyrien/2556468)?

22. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Welche Kernaspekte der sogenannten feministischen Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland sieht die Bundesregierung aktuell gegenüber der Islamischen Republik Iran verwirklicht (www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/feministische-aussenpolitik/)?
23. Abgeordneter
Eugen Schmidt
(AfD)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis von Medienberichten, denen zufolge in der Ukraine mehrere Oppositionsparteien verboten worden sind (https://news.yahoo.com/ukraine-bans-12-pro-russian-133800341.html?guccounter=1&guce_referrer=aHR0cHM6Ly93d3cuZ29vZ2xlLmNvbS8&guce_referrer_sig=AQAAAM-hAEaj509UEE2nMUcaJO54-JHdxPnYHHvZdZgsX3AUJgv9xEA5EGQZsp0r5o5MixntzGQZ9HqUSICb2FdTEuB2ITjsf_J6_swRKrtCNcFk7idol3u1Mmt4NMX1AnijoVbV4gcohVvAbAc1q0c92_rpMWKE8jX5cq4kHBn3V3F), und wenn ja, welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus?
24. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Bleibt die Bundesregierung nach wie vor dabei, dass die paraphierte, aber noch nicht unterschriebene Gemeinsame Erklärung der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Namibia „Vereint im Gedenken an unsere koloniale Vergangenheit, vereint im Willen zur Versöhnung, vereint in unserer Vision für die Zukunft“ von ihrer Seite ausverhandelt ist, wobei in Nachverhandlungen nur noch offene Fragen der Umsetzung zu klären seien (vgl. u. a. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 28, Plenarprotokoll 20/59), vor dem Hintergrund, dass die Regierung der Republik Namibia die Bundesregierung inzwischen zu Neuverhandlungen aufgefordert hat, wobei es insbesondere auch um die Höhe der vorgesehenen Zahlungen, den Zahlungszeitraum und die Frage der restlichen Anerkennung des Völkermordes gehen soll (<https://nbcnews.com/node/98498>), und trifft es zu, dass „technische Komitees“ aus Namibia und Deutschland nach Befassung mit dem Thema vorgeschlagen haben, der Gemeinsamen Erklärung eine Ergänzung (Addendum, www.africanews.com/2022/10/27/namibia-asks-to-renegotiate-genocide-deal-with-germany/) hinzuzufügen, wobei diese der deutschen Regierung übermittelt worden sei und Namibia nach wie vor auf eine Antwort von deutscher Seite wartet (www.zeit.de/politik/ausland/2022-10/namibia-kolonialverbrechen-deutschland-abkommen)?

25. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Wurden seitens der Bundesministerin des Auswärtigen Annalena Baerbock seit Beginn der 20. Wahlperiode auf internationaler Ebene Bemühungen angestellt, um derzeit in Rede stehende afghanische Migranten, die individuell besonders gefährdet seien, in anderen Ländern, also möglichst heimatnah, unterzubringen, bevor sich mit der Bundesministerin des Innern und für Heimat auf die Aufnahme von 1.000 Afghanen pro Jahr verständigt wurde, und wenn ja, welche (vgl. Microsoft News – www.msn.com/de-de/nachrichten/welt/baerbock-will-1000-afghanische-fluechtlinge-pro-monat-in-deutschland-aufnehmen/ar-AA135jk5, zuletzt abgerufen am 19. Oktober 2022)?
26. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Was wird die Bundesregierung und insbesondere das Auswärtige Amt unternehmen, damit gefährdete Menschen tatsächlich „sicher aus Afghanistan heraus nach Deutschland kommen können“, was die Bundesaußenministerin Annalena Baerbock bei der Vorstellung des Bundesaufnahmeprogramms für Afghanistan am 17. Oktober 2022 als Zielsetzung und „Mammutaufgabe“ bezeichnete (www.handelsblatt.com/politik/international/fluechtende-bundesregierung-startet-aufnahmeprogramm-fuer-afghanistan/28751132.html), und wann wird öffentlich bekanntgegeben, welche Organisationen die „meldeberechtigten Stellen“ sind, um zu gewährleisten, dass gefährdete Menschen in Afghanistan Zugang zu dem Aufnahmeprogramm bekommen?
27. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Welche politischen Konsequenzen zieht die Bundesregierung und insbesondere das Auswärtige Amt aus Drohungen der sogenannten libyschen Küstenwache gegenüber der zivilen Seenotrettungsorganisation Sea-Watch, das Aufklärungsflugzeug „Seabird“ mit Raketen abzuschießen, sollte es die libyschen Hoheitsgewässer nicht verlassen, obwohl das Flugzeug sich nach Angaben von Sea-Watch zum Zeitpunkt der Drohungen in der maltesischen Such- und Rettungszone befand (<https://twitter.com/seawatchcrew/status/1585619270230315008>, www.migazin.de/2022/10/27/mittelmeer-libysche-kuestenwache-aufklaerungsflugzeug-seenotrettern/), und hat das Auswärtige Amt Vertreter der libyschen Regierung auf diplomatischem Wege oder auf andere Weise wegen der Drohungen der sogenannten Küstenwache gegenüber der Besatzung der „Seabird“ kontaktiert bzw. Kritik an diesem Vorgehen geübt?

28. Abgeordnete
Joana Cotar
(AfD)
- Wie viele der im weitesten Sinne aus Seenot im Mittelmeer aufgenommenen Migranten sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten zehn Jahren jeweils in Häfen in Küstenstaaten der EU einerseits und in Küstenstaaten der nordafrikanischen Küste andererseits ausgeschifft worden (vgl. Joachim Herrmann, Wer sich selbst in Seenot bringt, wird nach Afrika zurückgebracht, in: WELT online vom 28. August 2019 sowie Harter Kurs gegen Flüchtlinge, in: nd vom 2. November 2022 und Deutscher Bundestag – Wissenschaftliche Dienste, Der italienische Verhaltenskodex für private Seenotretter im Mittelmeer. Völker-, europa- und strafrechtliche Aspekte, WD 2-3000-068/17 vom 31. Juli 2017)?
29. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Ist die Durchführung von GSVP-Missionen (GSVP: Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik) auf dem Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, wie beispielsweise mit dem Ratsbeschluss (GASP) 2022/1968 am 17. Oktober 2022 beschlossen, nach Einschätzung der Bundesregierung mit dem Vertrag über die Europäische Union zu vereinbaren, der in Artikel 42 Absatz 1 explizit von Missionen außerhalb des Hoheitsgebiets der EU spricht, und können nach Einschätzung der Bundesregierung durch Ratsbeschlüsse Ausnahmeregelungen für den Vertrag über die Europäische Union etabliert werden (bitte erläutern)?
30. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung der Fall des in Bahrain inhaftierten Lehrers Shaikh Abduljalil Almiqdad (www.middleeasteye.net/news/bahrain-cleric-abu-sed-jail-abduljalil-miqdad) bekannt, und wenn ja, welche aktuellen Kenntnisse liegen ihr hierzu vor?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

31. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung im Rahmen der Einführung einer kontrollierten Abgabe von Cannabis zur Beseitigung des Makels der Verurteilung wegen Besitzes von Cannabis, und ist eine vollständige strafrechtliche Rehabilitation insbesondere für Verurteilungen in der Übergangszeit geplant?

32. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Einschätzung, die Frist zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2020/1828 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2020 über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG werde nicht mehr zu halten sein (DIE WELT, 2. November 2022, Seite 10, „Es gibt STREIT in der Ampel“), und wie sieht der aktuelle Zeitplan der Bundesregierung für die Umsetzung dieser Richtlinie aus (insbesondere aufgeschlüsselt nach Behandlung im Bundeskabinett, Behandlung im Bundestag, Behandlung im Bundesrat und zu erwartendem Zeitpunkt der Umsetzung)?
33. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Wie viele Planstellen des Nationalen Normenkontrollrats waren in den Jahren 2017, 2018, 2019, 2020 und 2021 besetzt bzw. unbesetzt (bitte nach Qualifikation/Berufsbild aufschlüsseln)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

34. Abgeordnete
Nicole Höchst
(AfD)
- In welchem Umfang haben nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils einheimische Arbeitslose, anerkannte Asylbewerber sowie Flüchtlinge, etwa aus der Ukraine, in den letzten sieben Halbjahren Leistungen aus der regulären Grundsicherung erhalten (vgl. 604.000 Ukrainer beziehen Grundsicherung, in: DIE WELT vom 3. November 2022, Seite 4)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

35. Abgeordneter
Eugen Schmidt
(AfD)
- Teilt die Bundesregierung die gegenüber dem russischen Verteidigungsminister geäußerte Ansicht des US-Verteidigungsministers Lloyd Austins, dass es wichtig sei, Kommunikationslinien aufrechtzuerhalten, und wann hat die deutsche Bundesministerin der Verteidigung zuletzt mit ihrem russischen Amtskollegen gesprochen (www.nytimes.com/live/2022/10/21/world/russia-ukraine-war-news?smid=url-share#the-us-and-russian-defense-secretaries-have-a-rare-conversation)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Ernährung und Landwirtschaft**

36. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD) Welche Märkte will Deutschland nach Kenntnis der Bundesregierung zukünftig erschließen, um den Schweinefleischexport aufrechtzuerhalten und Einnahmen für die deutschen Schweinebauern zu generieren (www.agrarheute.com/markt/tiere/chinas-schweinefleischimporte-um-haelfte-gesunken-593922)?
37. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD) Möchte die Bundesregierung den Rückgang der Schweinehaltung bzw. den Strukturwandel in Deutschland aufhalten, wenn ja, mit welchen Mitteln, und wenn nein, warum nicht (www.agrarheute.com/tier/schwein/schweinehalter-geben-nervlich-seelisch-mehr-585233)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

38. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU) Inwiefern stehen die aus der Corona-Datenspende-App gewonnenen Daten der Wissenschaft und Forschung außerhalb des Robert Koch-Instituts zur Verfügung, und ist es nach Einschätzung der Bundesregierung an der Zeit, ein Datenregister für die Gesundheitsforschung aufzubauen?
39. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.) Welche Schlussfolgerung zieht die Bundesregierung aus der am 3. November 2022 bekanntgewordenen Entscheidung der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe (KVWL), das deutschlandweit einzige Pilotprojekt zur Einführung des E-Rezepts in Westfalen-Lippe wegen datenschutzrechtlicher Bedenken abzubrechen, und welche Schritte sind aus Sicht der Bundesregierung jetzt notwendig, um die bundesweite Einführung des E-Rezepts zeitnah umsetzen zu können (www.deutschlandfunk.de/digitale-rezepte-bleiben-erst-mal-zukunftsvision-102.html, www.healthcare-computing.de/einzigerezepte-pilotregion-fuer-arztpraxen-legt-vorhaben-auf-eis-a-b0832feed07635af1d2f48655e8614b6)?

40. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung bisher die Ausgaben, die für die Entwicklung, Einführung und Installation der Infrastruktur zur bundesweiten Einführung des E-Rezepts von staatlicher Seite, durch die gesetzliche Krankenversicherung sowie die Leistungserbringer (Arztpraxen, Apotheken) insgesamt aufgewendet wurden (bitte, wenn möglich, getrennt aufführen), und wie hoch werden nach Kenntnis der Bundesregierung die Kosten für die vom Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit als notwendig erachtete technische Nachrüstung der Konnektoren und Apotheken-Software sein, um den von ihm befürchteten Datenmissbrauch zu unterbinden (www.deutschlandfunk.de/digitale-rezepte-bleiben-erst-mal-zukunftsvision-102.html, www.healthcare-computing.de/einzigerezepte-pilotregion-fuer-arztpraxen-legt-vorhaben-auf-eis-a-b0832feed07635af1d2f48655e8614b6/)?
41. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Bis wann genau ist mit der Veröffentlichung des nach Kenntnissen Betroffener vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) für Juni 2022 angekündigten Berichts des BMG über den Fall des bis 1978 verabreichten Hormonpräparats Duogynon zu rechnen, und aus welchen Gründen liegt der Bericht, auf den viele Betroffene seit vielen Monaten mit Spannung warten, nach wie vor nicht vor?
42. Abgeordneter
Tino Sorge
(CDU/CSU)
- Auf welchem Wege hat die Bundesregierung die Eckpunkte zur Cannabislegalisierung an die Europäische Kommission übermittelt (bitte auch den bestätigten Zeitpunkt angeben), und welche Informationen hat die Bundesregierung über den weiteren Fortgang zur Prüfung durch die Europäische Kommission (TAGESSPIEGEL BACKGROUND vom 3. November 2022: Eckpunkte schaffen es nicht nach Brüssel)?
43. Abgeordneter
Tino Sorge
(CDU/CSU)
- Mit welchem konkreten Ziel werden die vom Bundesgesundheitsminister Dr. Karl Lauterbach in der Bundespressekonferenz am 26. Oktober 2022 angekündigten Gespräche der Bundesregierung mit der Europäischen Kommission über die geplante Cannabislegalisierung beginnen (bitte auch den Zeitpunkt angeben), und wie erklärt es sich die Bundesregierung, dass nach Angaben der Europäischen Kommission am 2. November 2022 noch keine Anfrage der Bundesregierung für eine Beratung vorlag (TAGESSPIEGEL BACKGROUND vom 3. November 2022)?

44. Abgeordneter
Ates Gürpınar
(DIE LINKE.)
- Welchen Zeitplan verfolgt die Bundesregierung bezüglich des im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP angekündigten Vorhabens, das Pflegegeld ab 2022 regelhaft zu dynamisieren (www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf, Seite 63), und welche Vorbereitungen wurden hierfür bereits getroffen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr

45. Abgeordneter
Sören Pellmann
(DIE LINKE.)
- Inwieweit wird Menschen ohne Smartphone, insbesondere Seniorinnen und Senioren, über den gesamten Zeitraum des Vertriebs des 49-Euro-Tickets (sogenanntes Deutschlandticket) der Erwerb des Tickets in Papierform ermöglicht, und plant die Bundesregierung eine Anhebung des Regelsatzes des Bürgergeldes zur Ermöglichung der Finanzierung eines Deutschlandtickets durch Bürgergeldempfänger?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

46. Abgeordneter
Fabian Gramling
(CDU/CSU)
- Welche Fördermöglichkeiten des Bundes gibt es aktuell für die Sanierung (wie zum Beispiel Entschlammung oder Ufersanierung) und damit die ökologische Aufwertung von Baggerseen?
47. Abgeordneter
Fabian Gramling
(CDU/CSU)
- Welche positiven Auswirkungen auf die Umwelt und das Klima ergeben sich nach Kenntnis der Bundesregierung durch den Einsatz von Sonderkraftstoff (Alkylatbenzin), und wie können die Potenziale des Alkylatbensins für den Umwelt- und Klimaschutz aus Sicht der Bundesregierung politisch gehoben werden?

48. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Nutzen des von Deutschland reinverhandelten Erwägungsgrunds in der Verordnung (EU) 2019/631 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 zur Festsetzung von CO₂-Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge (www.zdf.de/nachrichten/politik/eu-diesel-benziner-e-fuels-wissing-interview-100.html#:~:text=Verkehrsminister%20f%C3%BCr%20E%2DFuels%20Wissing%3A%20Verbrenner%20Technologie%20offenhalten&text=Die%20EU%20will%20das%20Aus,noch%20emissionsfreie%20Autos%20zugelassen%20werden), der den Einsatz von klimaneutralen E-Fuels offenhalten soll, wenn dieser nur außerhalb des Geltungsbereichs der Flottengrenzwerte gelten kann, welcher nach Artikel 2 der Verordnung klar definiert ist (außerhalb würden Fahrzeuge liegen wie „Beschussgeschützte Fahrzeuge“, „Krankwagen“, „Leichenwagen“, Rollstuhlgerechte Fahrzeuge“, vgl. Richtlinie 2007/46/EG, Anhang II, Teil A Abschnitt 5)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

49. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Erfolgen die Einstellungen von nationalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH in Afghanistan mit Kenntnis (Duldung, Genehmigung) der Taliban, vor dem Hintergrund, dass die GIZ seit August 2021 in Afghanistan unter fragilen Sicherheitsbedingungen nationale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einstellt sowie Auftragnehmer einsetzt (siehe Bundestagsdrucksache 20/3356, Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 179), und trägt nach Kenntnis der Bundesregierung die vermeintlich regierungsferne, aber durch die Taliban geduldete Arbeit mit internationalen und nichtstaatlichen Partnern in Afghanistan nicht zu einer Legitimierung des Taliban-Regimes bei (www.welt.de/politik/ausland/article241104503/Afghanistan-Bund-stellt-250-neue-Ortskraefte-an.html)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen**

50. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Wie viele Käufe und Verkäufe von Immobilienportfolios mit mehr als 800 Wohneinheiten wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem 1. Juli 2021 vollzogen (bitte unter Angabe der Wohnungsanzahl nach Bundesländern aufschlüsseln)?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

51. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Welche Schritte wurden hinsichtlich der im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP festgehaltenen Einrichtung eines Archivs zu Rechtsterrorismus unternommen, bzw. welche konkreten Schritte sind diesbezüglich für wann geplant?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Klimaschutz**

52. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Wie viele Investitionsprüfungen (differenziert nach sektorübergreifender und sektorspezifischer Prüfung) mit Verbindung zu chinesischen Unternehmen in welchen jeweiligen Wirtschaftsfeldern befinden sich gegenwärtig bei der Bundesregierung im Verfahren?
53. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Erfolgchancen für das Erreichen der Ausbauziele für die erneuerbaren Energien angesichts der deutlichen Unterzeichnungen jüngster Ausschreibungen, beispielsweise beim Windkraftausbau (www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/windkraft-ausbau-der-erneuerbaren-energien-in-deutschland-stockt-weiterhin/28741968.html), und welche Auswirkung auf diese Ausbauziele hätte nach Ansicht der Bundesregierung die mit der Einführung einer Abschöpfung bei Strompreiserlösen einhergehende Verschlechterung des Investitionsklimas?

54. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Treffen die Medienberichte über die Änderung des geplanten Rückwirkungszeitraums der Abschöpfung von Zufallsgewinnen auf dem Strommarkt zu, und welche Mindereinnahmen folgen aus der Verschiebung von März auf September (vgl. <https://de.finance.yahoo.com/nachrichten/berlin-plant-%C3%BCbergewinnsteuer-f%C3%BCr-strompreisbremse-074809916.html>)?
55. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Was ist der Bundesregierung darüber bekannt, welche Bauteile ggf. aus deutscher Herstellung in Angriffsdrohnen aus dem Iran verbaut sind (<https://isis-online.org/isis-reports/detail/iranian-drones-in-ukraine-contain-western-brand-components>); bitte die Kenntnisse den einzelnen Typen zuordnen), und inwiefern ist sie hierzu gegenüber den infrage kommenden Unternehmen bereits tätig geworden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

56. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Gesamtkosten und die hiermit einhergehende Umweltbelastung für die bzw. infolge der durch die Energie-Entlastungspakete bundesweit an die Steuerpflichtigen bzw. an deren steuerliche Berater mit Post und in Papier versandten geänderten Vorauszahlungsbescheide, und plant die Bundesregierung, bei künftigen Direktsubventionen der Bürger das Verfahren signifikant zu vereinfachen?

